

Wiederholungs- zwang

Zweierlei Reaktivierung: die Potsdamer Garnisonkirche und die Wehrmachtstradition der Bundeswehr. Von Rolf Surmann

Der Aufstieg Georgia Melonis aus dem Milieu des italienischen Nachkriegsfaschismus zur mächtigsten Politikerin Italiens ist aufmerksam beobachtet und kommentiert worden. Nicht zuletzt deshalb, weil man eine trotz diverser Umorientierungen und Positionsverschiebungen im Laufe der Jahrzehnte dermaßen stringente Erfolgsgeschichte nicht für möglich gehalten hatte. Melonis Regierungsübernahme kann deshalb als Vertiefung des Einschnitts gewertet werden, der 1983 mit Blick auf die Regierungsbeteiligung der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) unter dem »Rechtspopulisten« Jörg Haider in Österreich konstatiert worden ist. In der Folge wurden Verbindungslinien und Anknüpfungspunkte zwischen den nach 1945 umstrukturierten westlichen Demokratien und der Zeit des Faschismus neu akzentuiert. Eine ebenfalls wichtige, auf den ersten Blick jedoch weniger spektakuläre Verbindung zum Gestrigen stellte im August Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit einer Rede in Potsdam her. Er übergab als Schirmherr den nach preußischen Plänen wiedererrichteten Turm der Potsdamer Garnisonkirche der Öffentlichkeit. Was verbindet diese beiden Wege der Aktualisierung des Gestrigen? Was unterscheidet sie?

Potsdamer Traditionspflege

Die Garnisonkirche war unter dem Motto der Einheit von Kirche, Staat und Politik im ersten Drittel des 18. Jahrhunderts vom sogenannten Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. errichtet worden und galt als ideologisches Zentrum der preußischen Kriegspolitik (»Geist von Potsdam«). Besondere zeitgeschichtliche Bedeutung erlangte sie bekanntlich durch den »Tag von Potsdam«, an dem es 1933 auf den Stufen der Garnisonkirche zum Handschlag zwischen Adolf Hitler und dem Weimarer Reichspräsidenten Paul von Hindenburg kam, mit dem – Totalitarismustheo-

retiker aufgepasst! – der konservative Flügel der Weimarer Demokratie dem Nazismus die politische Macht übertrug. Gegen Ende des Kriegs bombardierten die Alliierten die Kirche und zerstörten sie weitestgehend. 1947 verfügten sie mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 46 die Auflösung des Staates Preußen, den sie in der Gesetzespräambel als »Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland« seit jeher charakterisierten.

Die DDR hatte an einem Wiederaufbau kein Interesse und sprengte die verbliebenen Ruinen. An ihre Stelle setzte sie ein modernes Rechenzentrum. Die Sprengung war insbesondere im Westen umstritten, doch blieb die Kritik zunächst verhalten. Dies lag nicht zuletzt daran, dass man in der Bundesrepublik einige Zeit brauchte, bis man das alliierte Verdikt vorsichtig hinterfragte. 1981 erschien im Rowohlt-Verlag ein Schuber mit fünf Bänden zur preußischen Geschichte mit dem noch zurückhaltenden Titel *Preußen – Versuch einer Bilanz*. Dass damit die Auseinandersetzung um Preußen einsetzte, war nicht das Problem, sondern dass ab diesem Zeitpunkt das rechtfertigende Verständnis für diesen zentralen Staat der deutschen Nationalgeschichte kontinuierlich zunahm.

Relativ unabhängig davon wurden Preußen und damit auch seine symbolischen Orte, angesichts seiner Geschichte wenig verwunderlich, zunehmend für explizit rechte und faschistische Kräfte attraktiv. Ihre Bestrebungen mündeten zunächst in einer Spendenaktion für das Glockenspiel der Kirche, die von dem rechtsradikalen Bundeswehroffizier Max Klaar initiiert worden war, der dabei den vollständigen Wiederaufbau der Kirche im Auge hatte. Nach einem Gutachten des dem Projekt gegenüber kritischen »Lernort Garnisonkirche« sammelten sich unter diesem Vorzeichen vor allem Wehrmachtveteranen und ihre rechtsgerichteten Sympathisanten. Zu ihnen gehörten ein Dutzend Veteranenverbände, monarchistische Ver-

eine und evangelikale Gruppen, die ein Deutschland in den Grenzen von 1937 forderten, die Verbrechen der Wehrmacht leugneten und rechtsradikale Soldatenverbände wie den »Stahlhelm« feierten.

Diese Ursprünge wurden desto gründlicher kaschiert, je intensiver der bundesrepublikanische Mainstream als Hauptakteur in das Projekt eingebunden wurde. Jetzt hieß es, das »Potsdamer Wahrzeichen« sei ein Beispiel für »westdeutsches Engagement aus der Mitte der Gesellschaft« für die Wiedervereinigung, oder die Garnisonkirchen-Initiative sei beispielhaft für »Bestrebungen in den westlichen Bundesländern vor der Wende, Wiederaufbauprojekte in der DDR anzustoßen und zu unterstützen«.

Angesichts des Zusammenschlusses von Mainstream und gesellschaftlicher Rechter spricht der Thüringer Soziologe Matthias Quent von einer »Verzahnung von rechtsextremen mit konservativen Strukturen und Ansichten auf dem politischen Feld der Erinnerungskultur«. Ihren Höhepunkt fand diese Kooperation in der Übernahme der Trägerschaft für den Wiederaufbau durch die evangelische Kirche – immer schon ein Hauptakteur bei der religiösen Verbrämung preußischer Kriegspolitik – und die Übernahme der Schirmherrschaft durch Bundespräsident Steinmeier. Dies kann man über einige Vermittlungsschritte als das Schließen eines historischen Kreises bezeichnen.

Deshalb war die Eröffnung des Turms durch eine Rede Steinmeiers, um's zurückhaltend zu sagen: nicht unproblematisch. Schließlich knüpfte die ganze Aktion an die explizit reaktionäre deutsche Nationalgeschichte an, die zudem als Ergebnis des Zweiten Weltkriegs von den Alliierten als solche markiert worden war; es handelte sich daher um eine Neupositionierung, für deren ideologische Vorbereitung es auch in der Bundesrepublik immerhin einige Jahrzehnte gebraucht hatte. Entsprechend titelten einige

Zeitungen, die Nachkriegspositionierung nicht ganz außer Acht lassend, Steinmeier stehe in Potsdam vor einer schwierigen Mission. Zumal da ja zur gleichen Zeit eine Auseinandersetzung mit der AfD wegen ihrer Nivellierung der Nazi-Herrschaft («Fliegenschiss») durch deren Einbettung in die langfristige Perspektive der als positiv geduteten deutschen Nationalgeschichte geführt wird. Der Turmbau von Potsdam trägt deshalb sicher nicht zur Schwächung der AfD-Position bei.

Doch so offen affirmativ tritt der deutsche Staat nicht auf. Für ihn ist die Wiedererrichtung des Alten zugleich Ausdruck der Kritik an ihm und damit ein Zeichen des Fortschritts. So versprach Steinmeier, mit der Rekonstruktion dieses Symbols des deutschen Militarismus werde der Geschichte eine »neue, eine hellere, moderne Schicht« hinzugefügt. Da fragte selbst der »Spiegel«, warum dafür der Turm einer solch berühmten Kirche neu errichtet und umgewidmet

werden müsse. Diese Zweifel sind auch deshalb gerechtfertigt, weil die Umwidmung in einer Weise erfolgt, für die die Bezeichnung plakativ und oberflächlich noch eine überaus freundliche Wertung ist.

Nehmen wir zum Beispiel die Webseite der Garnisonkirche. Dort behauptet man, der Kirchturm präsentiere sich zwar im ursprünglichen barocken Stil, biete jedoch etwas vollständig Neues. Konkret heißt es unter dem Stichwort »Das Wow-Wahrzeichen«, die barrierefreie Aussichtsplattform in 57 Metern Höhe biete einen Rundblick mit »Wow-Effekt«; dann wird zum Besuch dieses »Wahrzeichens für Frieden und Demokratie« zwecks Entdeckung der Möglichkeit aufgerufen, wie ein historischer Ort neue Horizonte eröffnen könne. Dies dürfte eine treffende Charakterisierung der Methode sein, nach der die moderne Sicht deutscher Geschichte inszeniert werden soll. Ausflugsfeeling gehört jedenfalls dazu. Alles andere findet sich im Kleingedruckten.

Nichts findet sich hier jedoch zu dem, worauf der »Lernort Garnisonkirche«, ein Zusammenschluss von wissenschaftlichen und kirchlichen Kritikern des Projekts, hinweist: der Feldaltar der einstigen Garnisonkirche in der kleinen ebenerdigen Kapelle, an dem die Soldaten des Völkermords an den Herero und Nama gesegnet, die Soldaten auf Hitler vereidigt und die rassistischen, nationalistischen und volksverhetzenden Reden gehalten wurden, mit denen man die Soldaten in den Ersten und Zweiten Weltkrieg, die Kriege gegen das Zarenreich und die Sowjetunion also, schickte. Aber wünschte nicht schon Gerhard Schröder sich das Monument für die ermordeten Juden, das Stelenfeld in Berlin, als einen Ort, »zu dem man gerne hingeh«?

Nicht einmal im Kleingedruckten fand eine ernsthafte Erwägung dessen Platz, was die Kritiker aus Anlass der Eröffnungsveranstaltung vortragen. Sei es die Initiative »Für ein Potsdam ohne Garnisonkirche«, die in dem Bau eine völlig überflüssige »Nazi-Kirche« sieht, sei es der genannte »Lernort Garnisonkirche«, der seine Kritik mit dem Aufruf »Garnisonkirche Potsdam – Die Verbindung zu den Rechtsradikalen brechen« konkretisierte. Er wies darauf hin, dass die Kirche nicht nur ein Symbol für den preußisch-deutschen Nationalismus sei, sondern seit über 100 Jahren auch ein Kultort für Rechtsextreme. Nicht zuletzt setzte die Waffen-SS-Veteranenvereinigung Hiag auf den Titel ihrer Vereinszeitschrift 1990 zur Feier der damaligen Zeitenwende das Foto der Garnisonkirche, und das Rechtsaußen-Blatt »Compact« feuerte 2018 und 2023 die Wiederaufbaubestrebungen: »Preußens Herz muss wieder schlagen!« Derlei Versuche der politischen Nutzung des erneut steingewordenen Preußengeistes werden sich fortsetzen.

Sie werden zudem durch inhaltliche Zugeständnisse bestärkt, die bei der Übergabe des Projekts vom ehemaligen Bundeswehr-offizier Klaar an den evangelischen Bischof Huber in der gemeinsamen Erklärung »Ruf von Potsdam« gemacht wurden. Dort fehlt nicht nur die Feststellung deutscher Kriegsschuld, sondern die zeitgeschichtlichen Ereignisse um die Kirche werden auch im Tenor einer deutschen Opfergeschichte präsentiert. Klaar hat das Gründungsdokument zwar nicht selbst unterschrieben, dafür aber zum Beispiel sein Mitschreiber Alexander Gauland. Auf dessen Initiative kamen die beiden kurz darauf mit dem damaligen brandenburgischen Innenminister Jörg Schönbohm zusammen und trafen Festlegungen für die Gestaltung des Turms, die von Schönbohm auch eingehalten wurden. Das aktuelle Protestschreiben des »Lernorts« schließt mit den Worten, in der Satzung der kirchlichen Stiftung Garnisonkirche müsse der Bezug auf den »Ruf aus Potsdam« gestrichen



und damit die ideologische Verbindung zum rechtsradikalen Initiatorenkreis gekappt werden. Außerdem sei auf die Komplettierung des noch fehlenden Turmschmucks mit dem typischen Preußenlametta zu verzichten, um die Anschlussfähigkeit für Rechtsradikale nicht weiter zu befördern.

Der Stand der Auseinandersetzung zeigt, dass es mit der postulierten Förderung der Demokratie durch die Replik der preußischen Garnisonkirche nicht so weit her ist, wie der Festredner Steinmeier glauben machen möchte. Auch um den zweiten Umwidmungsschwerpunkt »Frieden lernen«, der am Sokkel der Kirche mit dem in Stein gemeißelten Spruch »Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens« unterstrichen wird, ist es nicht besser bestellt. Wie ist es möglich, dass angesichts dieses Mottos in einer Zeit, in der seitens der deutschen Regierung von »Krieg bis zum Sieg« gegen Russland die Rede ist und deutsche Panzer auf russischem Gebiet ihre Ziele suchen, an einem solchen Ort kein Wort über den neuen Kriegszustand und die deutsche Verantwortung dafür fällt? Dieses Schweigen konterkariert den sowieso paradoxen Anspruch einer friedensorientierten Sinnstiftung für das preußische Kriegssymbol. Die Feier seiner Rekonstruktion reiht sich damit in die mit Potsdam verbundenen unheilvollen Symbolbilder ein. Diesmal unter den Vorzeichen der Demokratie samt ihren reaktionären Auswüchsen.

Vorlage zur Wiederverwendung

Von der Öffentlichkeit weniger beachtet wurde ein Vorgang, der beinahe schneller demontiert als dokumentiert wurde. Es handelte sich um vom Bundesverteidigungsministerium herausgegebene ergänzende Hinweise zum Traditionsverständnis der Bundeswehr. Wer vermutet, der jahrzehntelange Kampf gegen den tief gründenden Einfluss von Nazi-Ideologie sei nun einen Schritt weitergekommen, sieht sich allerdings getäuscht (siehe die »Herrschaftszeiten« in **konkret 9/24**). Während im Traditionserlass von 2018 die gesamte Wehrmacht als nicht traditionswürdig eingestuft wird und es besonderer Leistungen einzelner – etwa der Beteiligung am militärischen Widerstand – bedurfte, um als traditionswürdig zu gelten, sollte laut des Weisungsentwurfs die Regelung jetzt um Wehrmachtsoldaten erweitert werden, die für »militärische Exzellenz, Einsatzbereitschaft und den Willen zum Kampf« stehen. In einer beigefügten Liste werden 24 »traditionsstiftende Personen« genannt, darunter ein Oberst Erich Hartmann als erfolgreichster Jagdflieger der Militärluftfahrt und das damalige Mitglied von NSDAP und SS, der, wie es heißt, erfolgreichste deutsche U-Boot-Kommandant Erich Topp.

Die Gründe für diesen Schwenk liegen auf der Hand. Es geht um das von Verteidi-

gungsminister Pistorius erklärte Ziel, in fünf Jahren »kriegsfähig« zu sein, oder, mit dem Wort von Olaf Scholz: um die »Zeitenwende«. Das Verlangen nach militärischer Effizienz macht die Versuche, von der Prägung der Bundeswehr durch die Wehrmacht abzurücken, obsolet. Zwar meinen einige, mit der raschen Rücknahme dieser Weisung sei das Thema erledigt, doch in weniger spektakulärer Form wird es weiterhin ausgetragen. So bemühte sich der wissenschaftliche Bundeswehrversteher Sönke Neitzel in der »Welt« umgehend, ihr die »Furcht vor der eigenen Tradition« zu nehmen.

Ähnlich wie mit dem Potsdamer Kirchenbau erleben wir auch hier eine Rückkehr des Alten, wenn auch in anderer Form. Während man in Potsdam diese Rückkehr (noch) bestreitet, indem man das Alte als eigentlich Neues ausgibt, legitimiert sich der Versuch einer ideologischen Integration von nazistischen Wehrmachtskommandeuren schlicht mit den veränderten militärischen Anforderungen. Diese Argumentation läuft letztlich auf die Revision jenes Verständnisses hinaus, das mit der Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht« in den neunziger Jahren erreicht worden war.

Die beiden Schwerpunkte im aktuellen ideologisch-zeitgeschichtlichen Transformationsprozess stehen nicht allein. Noch in diesem Herbst wird der Bundestag vermutlich einem Antrag zustimmen, mit dem er einen Schlusstrich unter die Verbrechen der nazistischen Biopolitik und ihrer Fortsetzung in veränderter Form nach 1945, also unter die jahrzehntelange Diskriminierung und Missachtung von Zwangssterilisierten und Euthanasieopfern, ziehen will. Auch jetzt ist er, dem Antragsentwurf zufolge, nicht bereit, diese Menschen als Verfolgte des Nazi-regimes anzuerkennen und ihnen die entsprechenden Rechte zuzugestehen. Damit pflegt er in Zeiten der pränatalen Diagnostik und entsprechender Abtreibungsraten etwa im Fall von Trisomie 21 eine ideologische Kontinuität, die einen ethisch kompetenten Umgang mit den modernen Formen von Biopolitik unter äußerst belastende Vorzeichen stellt.

Die Beispiele ließen sich fortsetzen. Sie machen deutlich, dass es zu kurz greift, die gegenwärtige Rechtsentwicklung allein mit Blick auf ihre spektakulären politischen Ereignisse zu bewerten, etwa auf den Regierungsantritt einer Meloni oder die jüngsten Erfolge der AfD bei den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen. Diese Entwicklung hat einen tief gestaffelten gesellschaftlichen Vorlauf, als dessen Ergebnis auch die neue Potsdamer Garnisonkirche und das aktualisierte Verständnis von Wehrmacht und Bundeswehr betrachtet werden sollten. ●

Rolf Surmann setzte in konkret 9/24 die Faschismus-Debatte mit Peter Bierl fort

Taxi!

Ihre Tätigkeit als einzige Stenotypistin war für den durchweg bürokratisch organisierten Lagerbetrieb von zentraler Bedeutung. Es liest sich wie ein gediegenes Arbeitszeugnis, das Irmgard Furchner mit 99 ausgestellt bekam, für ihre unentbehrliche Tätigkeit dereinst als 19jährige Chefsekretärin. In der Pressemitteilung zum Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) vom 20. August 2024 heißt es über die junge Frau weiter: »Sie half durch ihre Schreiarbeit dem Lagerkommandanten und dessen Adjutanten, mit denen sie vertrauensvoll zusammenarbeitete, nicht nur physisch. Sie unterstützte diese durch ihre Einordnung in den Lagerbetrieb als zuverlässige und gehorsame Untergebene auch psychisch« – bis hierher ist das im gegenwärtigen Arbeitsleben eine Zwei plus, erst jetzt kommt der unschöne Abgang. Wobei unterstützte sie ihre Vorgesetzten so zuverlässig und gehorsam? »Bei der Begehung der 10.505 vollendeten und fünf versuchten grausamen Morde, die das Landgericht ihr zugerechnet hat.« Der Arbeitsplatz der jungen Frau war die Kommandantur des Konzentrationslagers Stutthof bei Danzig.

75 Jahre lang blieb Irmgard Furchner unbehelligt. Erst 2021 erhob das Landgericht Itzehoe Anklage gegen sie. Als sie zum ersten Verhandlungstermin erscheinen sollte, orderte sie vom Altersheim in Quickborn-Heide aus ein Taxi und rauschte davon. Die fünf Tage U-Haft, die sie sich damit einhandelte, waren die einzige reelle Strafe, die sie in ihrem langen Leben erlitt. Denn nach vierzehnmönatigen Verhandlungen wurde sie im Dezember 2022 zu einer Jugendstrafe von zwei Jahren auf Bewährung verurteilt. Ihren Antrag auf Revision verwarf der BGH im August 2024, das Urteil ist rechtskräftig.

»Der Führer schützt das Recht.« Seit 90 Jahren schwebt das Diktum von Carl Schmitt über der deutschen Juristerei. Man weiß, wie das zu verstehen ist: Der Führer schützt das Recht des Mörders. 90 Jahre lang stand der zwischen 1933 und 1945 begangene Massenmord und die massenhafte Beihilfe zum Massenmord unter der schützenden Hand des Führers, der seinen fleißigen Mördern und Mordgehilfen in Aussicht gestellt hatte, nicht nur nicht belangt zu werden, sondern als ehrengedachtetes Mitglied der Gesellschaft zu gelten. Der Führer hielt Wort, auch posthum. Nach dem BGH-Urteil gegen Oskar Gröning 2016 ist das Urteil gegen Irmgard Furchner nun das zweite, das Zweifel daran weckt. Irgendwann, wenn garantiert kein Altnazi mehr lebt, werden die deutschen Juristen unserem lieben Führer noch in den Rücken fallen.

Florian Sendtner